



## Keine Protestwahl



Als **Michael Müller** den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, **Thomas Krüger**, zu einer Diskussionsrunde in sein Wahlkreisbüro einlud, um über die AfD zu sprechen, hatte **Friedrich Merz** noch nicht über eine Zusammenarbeit mit dieser Partei auf kommunaler Ebene schwadroniert.

Die Reaktionen waren heftig. Auch Berlins Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, „Parteifreund“ von Merz, widersprach dem Bundes- und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden heftig, wie alle anderen Landesvorsitzenden auch, sogar **Markus Söder**. In den „sozialen Medien“ ging es hoch her. Und **Michael Müller** äußerte sich bei Facebook:



**Michael Müller** ✓

15 Std. · 🌐

CDU auf AfD Kurs: Thorsten Frei fordert die Abschaffung des individuellen Asylrechts, CDU Chef Merz kann sich in den Kommunen Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen. Der Rechtsruck der CDU hofiert die Rechtsradikalen, er schadet dem Land und rüttelt an den Werten unseres Grundgesetzes.



Müllers Wahlkreisbüro in der Bleibtreustraße war bis auf den letzten Platz mit interessierten Bürgern und Parteimitgliedern belegt. Bei Veranstaltungen dieser

Art lauert der Beobachter auf zitierfähige Sätze. Krüger lieferte. Die Stimme der AfD zu geben, sei keine Protestwahl mehr, so Krüger, „die Leute wollen das.“ Außerdem sei, trotz hoher Umfragewerte, die Zustimmung zur AfD kein „ostdeutsches Phänomen.“ Krüger, 1959 im thüringischen Buttstädt geboren, nahm „seine Thüringer“ in Schutz. Auch wenn die AfD nach den neuesten Umfragen auf 32 Prozent käme, wählen immer noch Zweidrittel die anderen Parteien.

Krüger ist seit 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, deren Hauptsitz sich in Bonn befindet und einen weiteren Standort in Berlin hat. Als wichtiges Zeichen sieht es Krüger, dass er im August 2021 einen weiteren Standort im thüringischen Gera eröffnen konnte.

Zwar nannten es Müller und Krüger nicht direkt so, es ist aber ein **Skandal**, dass gerade in diesen Zeiten im neuen Bundeshaushalt die Mittel für die Bundeszentrale um 20 Prozent gekürzt werden sollen. Auch Bildungseinrichtungen im Ausland, wie das Goethe-Institut, seien davon betroffen. Außenpolitiker Müller hofft, dass das Parlament die Pläne des Finanzministers noch einmal überdenkt.

## Debattenräume öffnen

Krüger studierte nach einer Ausbildung zum Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung in Fürstentum ab 1981 Evangelische Theologie und arbeitete in Berlin und Eisenach als Vikar. Von 1991 bis 1994 war er Senator für Familie und Jugend in Berlin, und seit 1995 ist er Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks. Dieser Hintergrund trägt vermutlich dazu bei, dass in ihm ein Stück „Sozialarbeiter“ steckt. So plädiert er dafür, AfD-Wählern mit Zuneigung zu begegnen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Er will **Debattenräume** öffnen. Das Ziel, die Mitte der Gesellschaft zu verteidigen, darf nicht aus den Augen verloren werden.

Sicherlich gibt es unter den AfD-Mitgliedern und Wählern auch welche, mit denen man ins Gespräch kommen kann. Bei denen, die mit Schaum vor dem Mund „Lügenpresse“ rufen und selbst nur Lügen verbreiten, oder skandieren „Merkel muss weg“, oder, wer eben gerade im Kanzleramt sitzt, ist ins Gespräch zu kommen, vermutlich vergebliche Liebesmüh‘.

Vor ein paar Tagen hatten wir in einem Beitrag **Rosa Luxemburg** zitiert und möchten das gern noch einmal wiederholen. „Reden ist unser Privileg. Wenn wir



*ein Problem haben, das wir nicht durch Reden lösen können, dann hat alles keinen Sinn."*

Ein Patentrezept, die Bürger davon abzuhalten, eine rechtsextreme Partei zu wählen, konnte **Thomas Krüger** auch nicht aus dem Ärmel schütteln. Reden muss man aber nicht nur können, sondern auch wollen. Kürzlich lief im Fernsehen ein Beitrag über die Präsenz der AfD auf kommunaler Ebene. Woche für Woche ist beispielsweise die Partei auf dem Marktplatz einer Kleinstadt mit einem Infostand vertreten, während von anderen Parteien nichts zu sehen ist. Natürlich ist es anstrengend, am Samstag einen Infostand auf dem Marktplatz zu bespielen. Vor allem für SPD und Grüne, die immer sofort ihr Fett weg bekommen und kaum Gelegenheit finden, ihre Programm darzustellen.

Man kann sich doch aber nicht damit abfinden, dass zwischen 20 und 25 Prozent der Gesellschaft rassistische und rechtsextreme Positionen befürworten. So wie es Krüger anmahnt, müsse die Mitte der Gesellschaft verteidigt werden. Das erreichen die demokratischen Parteien nicht dadurch, dass sich ihre Leute in der Provinz samstags auf die faule Haut legen und die Gespräche mit den Bürgern der AfD überlassen. In Großstädten sieht es zum Glück anders aus.

Heute beginnt in Magdeburg der Bundesparteitag der AfD. Während am Freitag die 600 Delegierten Parteiinternes beraten wollen, soll es morgen um Europa gehen. Mit neun Abgeordneten ist die AfD derzeit im Europäischen Parlament vertreten. Aufgestellt werden sollen 30 Kandidatinnen und Kandidaten, was kein Größenwahn ist, sondern sich an den gegenwärtigen Umfragen orientiert. Die AfD gehört in Straßburg zur Fraktion „*Identität und Demokratie*“, ein Zusammenschluss aus rechtspopulistischen, nationalistischen und rechtsextremen Parteien. Mit derzeit 62 Mitgliedern ist die ID fünftgrößte Fraktion des Parlaments. **Zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 wird in der EU ein neues Parlament gewählt.**

**Thomas Krüger** ließ die rechtspopulistische Entwicklung in Europa nicht unerwähnt. Er warnte die konservativen Parteien, „*Wer Allianzen mit Rechts eingeht, kommt unter die Räder.*“ Davor sollte sich auch die Union hüten.

Unbeeindruckt von den Reaktionen auf die Äußerungen von **Friedrich Merz** zeigt sich Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**. Er glaube nicht, berichtet die *tagesschau* am Dienstag dieser Woche unter Berufung auf ein Interview in der *FAZ*, dass in

*Kommunen eine „lupenreine Trennung“ zur AfD durchzuhalten ist. Er empfiehlt der CDU einen pragmatischen Umgang. Es reiche bei Sachentscheidungen in Städten und Gemeinden nicht zu sagen: „Wir sind dagegen, weil die AfD dafür ist.“ Der CDU-Politiker mahnte in dem Interview, allen Beteiligten auf der kommunalen Ebene müsse immer klar sein, mit welcher Sorte Partei sie es mit der AfD zu tun hätten. „Die Frau oder der Mann, die dort für die AfD sitzen - mögen sie noch so angesehene Handwerker oder bekannt in einem Ort sein -, sind Mitglieder einer Partei, die mit diesem Land Schlimmes vorhat“, sagte er. Kretschmer beklagte, vielen Wählern sei der wahre Kern der AfD offenbar nicht bewusst. Deshalb dürfe man es sich mit Ausgrenzung und Brandmauern nicht zu leicht machen, sondern müsse erläutern, was drohe, wenn die AfD an die Macht kommen sollte.*

Was die AfD mit Europa vorhat, kann man morgen live bei *Phoenix* ab 09:00 Uhr erfahren. „*In einem Entwurf des Parteivorstands wird eine radikale Umgestaltung der EU verlangt.*“, berichtet der *Deutschlandfunk*.



Fazit der Diskussionsveranstaltung im Wahlkreisbüro von **Michael Müller** mit **Thomas Krüger**: Problem erkannt, Gefahr allerdings noch lange nicht gebannt.

Übrigens: Unschön, aber schwer zu vermeiden oder gar zu unterbinden, sind Wortbeiträge der Teilnehmenden, die sich nicht allein auf Fragen beschränken, sondern eher einem Ko-Referat gleichen. So wurde ausführlich die traurige Geschichte der Sperrung des Tunnels Schlangensbader Straße erzählt. Der Wahlkreisabgeordnete Müller soll nun helfen, weil offenbar alle anderen Institutionen versagt haben.

**Ed Koch**  
(auch Fotos)